



HESSEN



# Bericht aus Brüssel

10/2023 vom 19.05.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Ausschuss der Regionen.....	9
Wirtschaft.....	10
Verkehr.....	12
Energie.....	12
Digital.....	13
Forschung.....	14
Finanzdienstleistungen.....	14
Finanzen.....	15
Soziales.....	16
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	17
Umwelt.....	21
Landwirtschaft.....	22
Justiz.....	22
Inneres.....	23
Bildung und Kultur.....	24
Information, Kommunikation und Medien.....	25
EU-Förderprogramme.....	26
Veranstaltungen.....	26
Vorschau.....	27

## Institutionelles

### **Kommission; Rücktritt von Kommissarin Gabriel**

Kommissionspräsidentin von der Leyen hat am 15.05.2023 den Rücktritt von EU-Kommissarin Mariya Gabriel angenommen. Gabriel wurde dem Präsidenten der Republik BUL vorgestellt, um den Auftrag zur Bildung einer Regierung zu erhalten und hat daher ihren Rücktritt als Mitglied der Kommission eingereicht. Eine Nachbenennung eines Kommissars oder einer Kommissarin seitens BUL ist noch offen. In der Zwischenzeit übernehmen Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager und Vizepräsident Margaritis Schinas die Aufsicht über das Ressort von Kommissarin Gabriel. Exekutiv-Vizepräsidentin Vestager wird für Innovation und Forschung und Vizepräsident Schinas wird für Bildung, Kultur und Jugend zuständig sein.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_23\\_2769](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_23_2769)

### **EP; Termin Europawahl 2024**

Die nächste Europawahl soll vom 6. bis 9.06. 2024 stattfinden. Darauf einigten sich die Botschafter der EU-Mitgliedstaaten am 17.05.2023 in Brüssel. In DEU würde dann am Sonntag 09.06.2024 gewählt werden. Da nicht in allen Mitgliedsstaaten an einem Sonntag gewählt wird, wurde dieser Zeitrahmen festgelegt. Die Entscheidung muss noch formell bestätigt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230424IPR82001/2024-elections-president-metsola-vote-do-not-let-someone-else-choose-for-you>

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Rat; Ukraine und Beziehungen zwischen der EU und China**

Am 12.05.2023 fand die informelle Ministertagung „Auswärtige Angelegenheiten“ in Gymnich statt. Unter anderem wurde eine Verstärkung der Reaktion der EU auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besprochen. Die EU strebe weiteren Druck auf Russland, intensivere Gespräche und Kooperation mit Drittstaaten und eine erhöhte Unterstützung der Ukraine an. Daneben fanden auch strategische Gespräche über die Beziehung zwischen der EU und China statt. Eine einheitliche und solidarische EU-China-Politik sei anzustreben.

<https://swedish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/foreign-ministers-discussed-russia-s-aggression-against-ukraine-and-eu-china-relations/>

### **Rat; Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine**

Der Rat hat am 05.05.2023 weitere Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine im Umfang von 1 Mrd. EUR im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF) beschlossen. Diese sollen nach wie vor zur Stärkung der Fähigkeiten und der Widerstandsfähigkeit der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg beitragen. Die neue Maßnahme umfasst die Bereitstellung von Artilleriegeschossen des Kalibers 155mm sowie, falls darum ersucht wird, von Flugkörpern für die ukrainischen Streitkräfte. Diese sollen von den EU-Mitgliedstaaten bei der europäischen Verteidigungsindustrie gemeinsam beschafft werden. Zwei weitere EFF-Unterstützungsmaßnahmen in Höhe von 61 Mio. EUR finanzieren darüber hinaus die Bereitstellung der für die Ausbildung ukrainischer Streitkräfte erforderliche Ausrüstung, welche im Rahmen der Militärischen Unterstützungsmission der EU zur Unterstützung der Ukraine (European Union Military Assistance Mission Ukraine, EUMAM) weiterhin allgemein die militärischen Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte verbessern sollen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/05/eu-joint-procurement-of-ammunition-and-missiles-for-ukraine-council-agrees-1-billion-support-under-the-european-peace-facility/>

### **Rat; Unterstützung des Verteidigungssektors der Republik Moldau und Georgiens**

Der Rat hat am 04.05.2023 im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF) Maßnahmen zur Unterstützung der Streitkräfte der Republik Moldau und Georgiens angenommen. Damit soll in beiden Ländern ein Beitrag zur Stärkung der nationalen Sicherheit, Stabilität und Resilienz geleistet werden. Zusätzlich zu den bisherigen Unterstützungen des EFFs soll dazu beitragen werden, die operative Wirksamkeit der Streitkräfte zu erhöhen sowie die Interoperabilität zu beschleunigen. Die für die Republik Moldau angenommene Unterstützungsmaßnahme beträgt 40 Mio. EUR und die für Georgien 30 Mio. EUR über einen Zeitraum von 36 Monaten. Finanziert werden sollen neben Ausrüstung und Ausstattung der Streitkräfte auch technische Ausbildungen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/04/european-peace-facility-council-adopts-assistance-measures-to-support-defence-sector-of-the-republic-of-moldova-and-georgia/>

### **Kommission; Papier zur EU-China Strategie**

Am 12.05.2023 legte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Kommission, Josep Borrell, den EU-Außenministern ein informelles Papier über eine Neuausrichtung der EU-China Strategie vor. Dieses soll als Vorbereitung für die Ende Juli stattfindenden Diskussionen im ER zu der Thematik dienen. Das Verhalten gegenüber China solle in drei maßgeblichen Punkten neu ausgelegt werden. Der erste Punkt sieht vor, China als Partner einzustufen. Da die EU mit China Handel im Wert von fast 3 Mrd. EUR pro Tag betreibt, sei eine wirtschaftliche Entkopplung ausgeschlossen. Im zweiten Punkt wird China gleichzeitig auch als wichtiger Konkurrent identifiziert. Dank seiner wachsenden Wirtschaft und zunehmenden technologischen Kapazitäten werde Chinas Wettbewerbsfähigkeit weiterhin zunehmen. Drittens identifiziert das informelle Papier, dass die politischen Systeme der EU und ihrer Mitgliedstaaten weit von der Ein-Partei Politik Chinas abweichen. Da sowohl die EU als auch China ihr Modelweltweit als vorzugswürdig propagierten, bestehe auch in diesem Themenfeld eine Konkurrenzsituation. Man müsse laut dem Papier aber auch versuchen sich mit China zu arrangieren, da die Lösung der wichtigsten globalen Herausforderungen ohne Chinas Beteiligung nicht zu bewältigen seien. Schlussendlich soll das Papier auch dazu beitragen, eine einheitliche EU-China Politik betreiben zu können.

[https://www.eeas.europa.eu/eeas/informal-meeting-foreign-affairs-ministers-gymnich-press-remarks-high-representative-josep-0\\_en](https://www.eeas.europa.eu/eeas/informal-meeting-foreign-affairs-ministers-gymnich-press-remarks-high-representative-josep-0_en)

## **E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t**

### **Ansprache Bundeskanzler Olaf Scholz**

Die MdEP diskutierten am 09.05.2023 mit Bundeskanzler Olaf Scholz über die EU und ihre Zukunftsaussichten. Dies war die zehnte Aussprache einer Reihe von Debatten über die EU mit dem Titel „Das ist Europa“. In der Debatte forderte Bundeskanzler Olaf Scholz ein geeintes Europa, das in der Lage ist, sich zu verändern, um seinen Platz in der Welt von morgen zu behaupten. Scholz betonte, dass Europa eine globale Verantwortung trage, „weil das Wohlergehen Europas nicht zu trennen ist vom

Wohlergehen der restlichen Welt". Die Welt des 21. Jahrhunderts, so Scholz, „wird multipolar sein, sie ist es schon längst". Scholz nannte drei Lehren für die EU: „Erstens: Europas Zukunft liegt in unserer Hand. Zweitens: Je geeinter wir Europa aufstellen, desto leichter ist es, uns eine gute Zukunft zu sichern. Und drittens: Nicht weniger, sondern mehr Offenheit, mehr Kooperation sind das Gebot unserer Zeit.“ Um Europa „einen guten Platz zu sichern in der Welt von morgen“, müsse sich die EU verändern, sagte der Kanzler. „Wir brauchen eine geopolitische EU, eine erweiterte und reformierte EU, und nicht zuletzt eine zukunfts offene EU“. Zum Krieg Russlands gegen die Ukraine sagte er, die EU müsse jetzt die Weichen für den Wiederaufbau der Ukraine stellen. Eine „prosperierende, demokratische, europäische Ukraine“ sei die deutlichste Absage an „Putins imperiale, revisionistische, völkerrechtswidrige Politik auf unserem Kontinent“. In einer multipolaren Welt seien die Länder des globalen Südens wichtige Partner, so der Bundeskanzler weiter. Europa müsse sich für Nahrungsmittelsicherheit und Armutsbekämpfung einsetzen und „die Versprechen einhalten, die wir beim internationalen Klima- und Umweltschutz gegeben haben.“ Zur Erweiterung sagte der Bundeskanzler: „Eine ehrliche Erweiterungspolitik setzt ihre Versprechen um – allen voran gegenüber den Staaten des Westlichen Balkans“. Er kündigte außerdem an, sich für mehr Ratsentscheidungen mit qualifizierter Mehrheit in der Außenpolitik und bei Steuern einzusetzen. Zum Thema Migration und Asyl sagte er: „Uns eint doch das Ziel, irreguläre Migration besser zu steuern und zu ordnen – ohne unsere Werte zu verraten“. In vielen Teilen Europas würden Arbeitskräfte aus Drittstaaten gebraucht. „Wenn wir solche regulären Migrationschancen konsequent verknüpfen mit der Forderung, dass Herkunft- und Transitländer diejenigen auch wieder zurückzunehmen, die kein Bleiberecht haben hier bei uns, dann profitieren davon alle Seiten“, so Scholz. In Reaktion auf die Vorschläge von Scholz zur Reform der EU forderten die MdEP von den europäischen Staats- und Regierungschefs Mut, die EU in die Zukunft zu führen und forderten den Bundeskanzler auf, sich für einen Konvent vor den Europawahlen 2024 einzusetzen. Mehrere MdEP forderten, die Unterstützung für die Ukraine angesichts des russischen Angriffskriegs fortzusetzen, bis ein gerechter Frieden gesichert ist, während andere DEU für die späte Unterstützung der Ukraine kritisierten. Eine Reihe von MdEP betonte, wie wichtig es sei, die wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Krieges in der Ukraine auf die europäischen Bürger zu bewältigen, und einige forderten neue Rechtsvorschriften, um soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten, sowie eine Reform des EU-Strommarktes, um faire Preise zu garantieren. Einige Redner betonten die Bedeutung des grünen und digitalen Wandels in Europa und forderten mehr Investitionen in diesen Bereichen, damit Europa bei technologischen Durchbrüchen führend sein kann.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-05-09-ITM-007\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-05-09-ITM-007_DE.html)

#### Beschleunigtes Verfahren für Gesetzentwurf zur Unterstützung der Munitionsproduktion (ASAP)

Das EP hat am 09.05.2023 beschlossen, einen Gesetzesentwurf zur Erhöhung der europäischen Produktion von Munition und Raketen im beschleunigten Verfahren zu behandeln. Die MdEP stimmten am 09.05.2023 mit einer Mehrheit von 518 - 59 - 31 dafür, ein Dringlichkeitsverfahren einzuleiten, um den von der Kommission am 03.05.2023 vorgelegten Gesetzentwurf zur Unterstützung der Munitionsproduktion (Act to Support Ammunition Production, ASAP) zügig zu behandeln. Das EP wird ein Verhandlungsteam benennen und in der nächsten Plenarsitzung, die vom 31.05.2023 bis 01.06.2023 in Brüssel stattfindet, über den Gesetzentwurf abstimmen. Anschließend werden die MdEP Verhandlungen mit dem Rat aufnehmen, um eine politische Einigung zu erzielen, über die die MdEP dann im Juli im Plenum abstimmen werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230509IPR86104/more-ammunition-production-to-support-ukraine-meps-to-fast-track-proposal>

#### EU-Erweiterung: MdEP bewerten Fortschritte von Serbien und Kosovo

In zwei am 10.05.2023 angenommenen Entschlüssen im Rahmen der Berichte von MdEP Vladimír Bilčík (EVP/SLK) und MdEP Viola von Cramon-Taubadel (GRÜNEN/DEU) fordern die MdEP Serbien und den Kosovo auf, den Dialog zwischen Belgrad und Pristina aufzunehmen und unverzüglich ein umfassendes, rechtsverbindliches Abkommen über die Normalisierung der Beziehungen auf der Grundlage des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung zu schließen:

#### Serbien muss sich den EU-Sanktionen gegen Russland anschließen (Bericht von MdEP Bilčík (EVP/SLK))

In ihrem Bericht über Serbien erklären die MdEP, dass die Beitrittsverhandlungen mit Belgrad nur dann vorankommen können, wenn sich das Land den EU-Sanktionen gegen Russland anschließt und deutliche Fortschritte bei EU-bezogenen Reformen macht. Sie erwähnen insbesondere Fortschritte in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte, das Funktionieren demokratischer Institutionen und ein Bekenntnis zu gemeinsamen europäischen Rechten und Werten. Die MdEP betonen, wie wichtig es ist, sich an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu orientieren, insbesondere im Hinblick auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Die EU ist Serbiens wichtigster politischer und wirtschaftlicher Partner und bei weitem der größte Geldgeber des Landes, so die MdEP. Sie sind besorgt über den jüngsten Rückgang der öffentlichen Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft in Serbien, der ihrer Ansicht nach auf die seit langem bestehende EU-feindliche/pro-russische politische Rhetorik zurückzuführen ist, die über von der Regierung kontrollierte Medien und Regierungsbeamte verbreitet wird. Die MdEP fordern die EU auf, den Umfang ihrer finanziellen Unterstützung für Serbien zu überdenken, wenn die Unterstützung für die antidemokratische Politik anhält, und fordern die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle EU-Ausgaben in vollem Umfang mit den strategischen Zielen und Interessen der EU übereinstimmen. Der Bericht über Serbien wurde von den MdEP mit einer Mehrheit von 508 - 76 - 37 angenommen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0192\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0192_DE.html)

#### Kosovo: Gute Ergebnisse im Kampf gegen Korruption, aber Verbesserungen im Justizwesen notwendig (Bericht von MdEP Cramon-Taubadel (GRÜNE/DEU))

Die MdEP begrüßen den Antrag des Kosovo auf EU-Mitgliedschaft und den Abschluss des lang erwarteten Abkommens über die Visaliberalisierung für die Bürger des Landes. Sie loben die Erfolge des Kosovo bei den EU-bezogenen Reformen, wie z.B. bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Korruption, und betonen, dass das Tempo des Beitrittsprozesses von den Fortschritten bei der Rechtsstaatlichkeit, den Grundrechten und der Verbesserung der Rechtsordnung des Landes abhängen wird. Die MdEP bedauern, dass die Initiativen zur Einbeziehung der serbischen Gemeinschaft in die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen des Kosovo nach wie vor sehr begrenzt sind, und fordern die Regierung des Kosovo und die Vertreter der Kosovo-Serben auf, die Spaltungen zwischen den Gemeinschaften zu überwinden. Der Bericht zum Kosovo wurde mit einer Mehrheit von 452 - 87 - 76 angenommen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0193\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0193_DE.html)

### Gegen „Greenwashing“: EP will Verhandlungsposition festlegen

Am 11.05.2023 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Biljana Borzan (S&D/KRO) seine Verhandlungsposition zum Richtlinienentwurf zur Verbesserung der Kennzeichnung und Verlängerung der Lebensdauer von Waren und zur Unterbindung irreführender Angaben mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 544 - 18 - 17 festgelegt (siehe Beitrag unter „Gesundheit und Verbraucherschutz“).

### Verringerung der Methanemissionen aus dem Energiesektor

Die MdEP haben am 09.05.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Jutta Paulus (GRÜNE/DEU) mit einer Mehrheit von 499 - 73 - 55 ihren Standpunkt zu einem Verordnungsvorschlag zur Verringerung der Methanemissionen aus dem Energiesektor festgelegt. Die Verordnung soll für direkte Methanemissionen aus dem Öl-, Fossilgas- und Kohlesektor gelten. Biomethan wird nach dessen Einspeisung in das Gasnetz abgedeckt. Die neuen Vorschriften sollen auch den petrochemischen Sektor einbeziehen. Das EP fordert die Kommission auf, bis 2025 verbindliche Ziele für die Reduzierung der Methanemissionen in der EU für alle relevanten Sektoren vorzuschlagen. Diese Ziele müssten dann ab 2030 erreicht werden. Die Mitgliedstaaten sollten darüber hinaus nationale Reduktionsziele als Teil ihrer integrierten nationalen Energie- und Klimapläne festlegen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0127\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0127_DE.html)

### Rückzahlung des Aufbauplans: EU-Haushalt und wichtige Programme unter Druck

Die MdEP nahmen am 10.05.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Johan Van Overtveldt (ECR/BEL) mit einer Mehrheit von 434 – 99 – 89 eine Entschließung an, in der sie vor den Auswirkungen der steigenden Kreditkosten für das Konjunkturprogramm auf den EU-Haushalt im nächsten Jahr warnen, da diese die wichtigsten EU-Programme gefährden könnten. Die MdEP zeigen sich "zutiefst besorgt, dass die steigenden Kreditkosten für das Konjunkturinstrument der Europäischen Union (EURI) die Fähigkeit des EU-Haushalts, die Prioritäten und Politiken der Union zu finanzieren und auf neue Bedürfnisse zu reagieren, stark einschränken könnten, wenn nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden". Im mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 wurden für den Siebenjahreszeitraum 12,9 Mrd. EUR zu Preisen von 2018 (15 Mrd. EUR zu laufenden Preisen) zur Deckung der Anleihekosten für das EURI veranschlagt. Diese Zahl basierte auf der Annahme, dass die Zinssätze schrittweise von 0,55 % im Jahr 2021 auf 1,15 % im Jahr 2027 steigen würden - sie liegen aber bereits jetzt bei über 3 %. Werden keine Maßnahmen ergriffen, drohen Kürzungen bei Programmen wie Erasmus+, EU4Health, dem Programm für Bürgerschaft, Gleichstellung, Rechte und Werte, Kreatives Europa und anderen, während die hohe Inflation den realen Wert des gesamten EU-Haushalts verringert, so die MdEP. Die MdEP fordern eine "dringende und ehrgeizige Überarbeitung des MFR" mit der "notwendigen Architektur und Finanzierung, um die EURI-Rückzahlungskosten effektiv zu verwalten und gleichzeitig das notwendige Finanzierungsniveau für Programme und Politiken beizubehalten", um sicherzustellen, dass die EU auch zukünftige Bedürfnisse bewältigen und auf Krisen reagieren kann. Ein solcher überarbeiteter MFR muss bis zum 1. Januar 2024 in Kraft sein. Darüber hinaus fordern sie die Einführung neuer Eigenmittel gemäß des rechtsverbindlichen Fahrplans, um "ein verlässliches und ausreichendes Gesamtniveau an zusätzlichen Einnahmen zu gewährleisten, einschließlich der Deckung der EURI-Kreditkosten".

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0194\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0194_DE.html)

### EU-Eigenmittel: Ein Neuanfang für die EU-Finzen

In einer Entschließung, die am 10.05.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP José Manuel Fernandes (EVP/PTL) und MdEP Valérie Hayer (RN/FRA) mit einer Mehrheit

von 356 - 199 - 65 angenommen wurde, bewerten die Abgeordneten die Einnahmeseite des EU-Haushalts und befürworten mehrere neue „Eigenmittel“. Die MdEP erklären: „Die EU-Finzen befinden sich in einer kritischen Phase, in der ein Ausbleiben der Reformen äußerst nachteilige Auswirkungen auf die Zukunft der Europäischen Union, ihre Politik, ihre Ziele und das Vertrauen der Europäer und Investoren in die Union haben würde.“ Die MdEP sind „sehr besorgt“, dass die durch die neuen Eigenmittel generierten Beträge nicht ausreichen werden, um alle Rückzahlungen und Kreditkosten der "Next Generation EU" (NGEU) zu decken, die bis 2058 im Durchschnitt auf mindestens 15 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt werden. Der wirtschaftliche und soziale Schock des russischen Einmarsches in der Ukraine, die starken Auswirkungen der Inflation auf den EU-Haushalt und der zunehmende globale Wettlauf um die Zukunft der Herstellung sauberer Energietechnologien sind zusätzliche Herausforderungen, die die Notwendigkeit einer Neubewertung des EU-Eigenmittelsystems unterstreichen. Da der EU-Haushalt die im Rahmen des EU-Konjunkturprogramms aufgenommenen Schulden zurückzahlen muss, ohne Investitionen und andere EU-Programme zu gefährden, schlagen die Abgeordneten eine Reihe neuer Einnahmequellen für den EU-Haushalt vor, darunter auf der Körperschaftssteuer basierende Eigenmittel, die Finanztransaktionssteuer, einen neuen Mechanismus für faire Grenzen, eine Steuer auf Krypto-Vermögenswerte, grüne Eigenmittel und auf Statistiken basierende nationale Beiträge. Die MdEP fordern die Kommission auf, die nächste Serie von Vorschlägen „so schnell wie möglich und spätestens im dritten Quartal 2023“ vorzulegen. Die MdEP sind der Ansicht, dass das EP eine stärkere Rolle im Entscheidungsprozess für Eigenmittel spielen sollte, „um die Sichtbarkeit, Legitimität und demokratische Rechenschaftspflicht der öffentlichen Finanzen der EU zu gewährleisten.“

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0195\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0195_DE.html)

#### Entlastung 2021: Gesamthaushaltsplan der EU - Europäischer Rat und Rat

Das EP hat am 10.05.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Mikuláš Peksa (GRÜNE/CZR) beschlossen, die Entlastung des Generalsekretärs des Rates für die Ausführung des Haushaltsplans des ER und des Rates für das Haushaltsjahr 2021 zu vertagen. In dem Bericht wird betont, dass die derzeitige Situation, in der das EP nur die Berichte des Rechnungshofs und des Bürgerbeauftragten sowie die Informationen auf der Website des Rates prüfen kann, aber keine schriftlichen oder mündlichen Antworten vom Rat während des jährlichen Entlastungsverfahrens erhält, d.h. der Rat sich weigert, mit dem EP im Rahmen des jährlichen Entlastungsverfahrens zusammenzuarbeiten, es dem EP unmöglich macht, seine Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen und eine fundierte Entscheidung über die Erteilung der Entlastung zu treffen. Die MdEP bedauern, dass der Rat seit mehr als zehn Jahren keinen politischen Willen zur Zusammenarbeit mit dem EP im jährlichen Entlastungsverfahren gezeigt hat. Sie bedauern die anhaltende Weigerung des Rates, sich auf eine faire Zusammenarbeit in diesem Verfahren einzulassen. Sie fordern den Rat auf, die Verhandlungen mit dem EP so bald wie möglich wieder aufzunehmen, um eine Lösung im Rahmen des derzeitigen Entlastungsverfahrens zu finden.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0139\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0139_DE.html)

#### Rede von Marcelo Rebelo de Sousa, Präsident von PTL

In einer Ansprache vor den MdEP am 09.05.2023 bezeichnete der portugiesische Präsident Marcelo Rebelo de Sousa die Erholung nach dem Krieg, die Erweiterung, die Migration und die Energieversorgung als die wichtigsten Herausforderungen für die EU. Rebelo de Sousa bezeichnete den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als einen „schockierenden Fehler der Russischen Föderation“, auf den Europa mit „Entschlossenheit, Einigkeit, Solidarität und transatlantischer und zukunftsorientierter

Zusammenarbeit" reagiert habe. Es sei dringend notwendig, dafür zu sorgen, dass dieser Krieg in einen „gerechten und moralischen Frieden" mündet und weitere Kriege verhindert werden. Zu der Frage, was nach dem Krieg kommt, der zu einem „neuen Gleichgewicht der Kräfte" führen wird, sagte der Präsident, dass die EU „die größtmögliche, die stärkste Rolle spielen sollte“. Rebelo de Sousa sprach sich auch für die EU-Erweiterung aus und betonte die Notwendigkeit, den wirtschaftlichen Aufschwung in Europa zu beschleunigen und dabei die sozialen Verpflichtungen und Rechte sowie die Auswirkungen der Inflation zu berücksichtigen. In seiner Rede rief der portugiesische Präsident zu Offenheit und Zusammenarbeit auf, um Herausforderungen wie die Migration gemeinsam zu bewältigen und den Einfluss Europas in der Welt zu stärken. Die Werte der EU sollten Vorrang vor den nationalen Interessen haben, sagte er. Rebelo de Sousa rief die EU außerdem dazu auf, eine Vorreiterrolle in der Klima-, Energie- und Digitalpolitik zu übernehmen. Andernfalls werde die EU „zurückbleiben", sagte er. Er forderte die EU auf, dem Beispiel anderer Kontinente zu folgen und zu handeln, wenn es nötig ist, und die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme der EU neu zu beleben. Rebelo de Sousa warnte, dass ein Nichthandeln junge Menschen verunsichern und zum Aufkommen von Populismus und systemfeindlichen Bewegungen führen könnte. Wenn dies geschehe, sei dies „unsere Schuld", erklärte Rebelo de Sousa in seiner Ansprache.

#### Ukraine: Erneuerung der handelspolitischen Unterstützungsmaßnahmen

Die MdEP stimmten am 09.05.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Sandra Kalniete (EVP/LET) mit einer Mehrheit von 537 - 42 - 38 für den Vorschlag, die Aussetzung der Einfuhrzölle, Antidumpingzölle und Schutzmaßnahmen für ukrainische Exporte in die EU um ein weiteres Jahr zu verlängern, und zwar vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges, der die Handelsmöglichkeiten der Ukraine mit dem Rest der Welt behindert. Die Aussetzung der Zölle gilt für Obst und Gemüse, die dem Einfuhrpreissystem unterliegen, sowie für landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse, die Zollkontingenten unterliegen. Für Industrieerzeugnisse gelten im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine seit dem 01.01.2023 keine Zölle mehr, so dass sie in dem neuen Vorschlag nicht berücksichtigt sind.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0125\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0125_DE.html)

#### A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

##### **AdR; ENVE-Fachkommissionssitzung**

Am 10.05.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klima und Energie statt. Dabei fanden Abstimmungen über folgende Stellungnahmeentwürfe statt: „Überarbeitung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser“, „Förderung des Potenzials und der Synergien von Initiativen für die Regionen und Städte im Rahmen des europäischen Grünen Deals“ sowie „Überarbeitung der EU-Luftqualitätsvorschriften“. Darüber hinaus fanden Meinungs-austausche und Orientierungsdebatten zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Reform der Gestaltung der Elektrizitätsmärkte in der EU“ sowie „COP 28 der UN-Klimarahmenkonvention: Beitrag der subnationalen Ebene zur Aufrechterhaltung der Klimaschutzdynamik“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2196139&meetingSessionId=2246020>

### **Kommission; Frühjahrsprognose 2023**

In der am 15.05.2023 veröffentlichten Frühjahrsprognose korrigierte die Kommission das prognostizierte Wirtschaftswachstum für den EU-Wirtschaftsraum für das Jahr 2023 auf 1,0%. In der Winterzwischenprognose lag das erwartete Wachstum noch bei 0,8%. Auch für das Jahr 2024 wurde das prognostizierte Wachstum von 1,6% auf 1,7% angehoben. Die Kommission prognostiziert ein vergleichbares Wachstum für das EUR-Währungsgebiet: 2023 wird ein BIP- Wachstum von 1,1%, 2024 von 1,6% erwartet. Die verbesserten Prognosen seien auf niedrigere Energiepreise, geringe Lieferengpässe und einen aktuell starken Arbeitsmarkt zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote erreiche mit 6% (Stand: März 2023) einen Rekordtiefstand, die Erwerbs- und Beschäftigungsquoten lägen auf Rekordhöhe.

[https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/spring-2023-economic-forecast-improved-outlook-amid-persistent-challenges\\_de](https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/spring-2023-economic-forecast-improved-outlook-amid-persistent-challenges_de)

### **EuG; Genehmigung der Coronabeihilfen für die Lufthansa nichtig**

Das Gericht der Union (EuG) hat mit Urteil vom 10.05.2023 in der Rechtssache T-34/21 festgestellt, dass der Kommissionsbeschluss zur Genehmigung der Einzelbeihilfe von DEU in Höhe von 6 Mrd. EUR für die Lufthansa nichtig ist. Das EuG führt aus, dass die Genehmigung gegen mehrere Bedingungen des vorübergehenden Rahmens für staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie verstoße. Die Kommission hätte prüfen müssen, ob Teile der Beihilfe durch die Lufthansa auf den freien Märkten etwa durch das Leisten von Sicherheiten (z.B. Flugzeuge) akquiriert hätten werden können. Bei der Prüfung, an welchen Flughäfen die Lufthansa eine beträchtliche Marktmacht besitzt, seien nicht alle maßgeblichen Faktoren berücksichtigt worden. An den Flughäfen, für die dies bejaht wurde (Frankfurt und München), seien nicht ausreichende Maßnahmen getroffen worden, um einen fairen Wettbewerb zu garantieren.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-34/21>

### **EuG; Coronabeihilfen von DNK und SWE für SAS nichtig**

Das Gericht der Union (EuG) gab am 10.05.2023 mit Urteil in der Rechtssache T-238/21 der Nichtigkeitsklage von Ryanair gegen einen Beschluss der Kommission vom 17.08.2020 statt. Die Kommission hatte in dem streitgegenständlichen Beschluss die staatlichen Beihilfen von DNK und SWE in Höhe von insgesamt 11 Mio. schwedischen Kronen (ca. 1 Mio. EUR) während der COVID-19-Pandemie für die Fluggesellschaft SAS genehmigt. Nach Auffassung des EuG hat die Kommission gegen den vorübergehenden Rahmen für staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie verstoßen. Die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen hätten keine ausreichenden Anreize für einen schnellen Ausstieg der Regierungen von SWE und DNK enthalten, so das EuG.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=en&td=ALL&num=T-238/21>

### **Kommission; Überarbeitung der Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen**

Die Kommission hat am 10.05.2023 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der EU und Drittländern sowie innerhalb der EU eingeleitet. Drogenausgangsstoffe sind Chemikalien, die zur Herstellung von illegalen Drogen benötigt werden. Verbesserungsbedarf bestehe nach Ansicht der Kommission insbesondere bei sog. Designerausgangsstoffen, d.h. Stoffen, die eigens zur

Umgehung von Kontrollen hergestellt werden. Auch sollen die neuen Vorschriften für die nationalen Behörden einfacher anwendbar und durchsetzbar sein. Die Konsultation läuft bis zum 07.06.2023.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13579-Drogenausgangsstoffe-Uberarbeitung-der-EU-Vorschriften\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13579-Drogenausgangsstoffe-Uberarbeitung-der-EU-Vorschriften_de)

### **Europäische Investitionsbank; 40 Mio. EUR für hessisches Unternehmen**

Die Europäische Investitionsbank (EIB) teilte am 11.05.2023 mit, dass sie dem hessischen Unternehmen Wingcopter GmbH eine Quasi-Eigenkapitalbeteiligung von 40 Mio. EUR bereitstellen werde. Wingcopter ist ein Drohnenhersteller, der sich auf unbemannte Lieferdrohnen spezialisiert hat. Die Investition der EIB wird durch das Invest-EU-Programm abgesichert. Der Einsatz von elektrischen Frachtdrohnen zur Auslieferung dringend benötigter Güter könne kohlenstoffintensive Transportmittel wie Motorräder, Lieferwagen und Hubschrauber ersetzen und so zum Übergang zu einer grünen und nachhaltigen Wirtschaft beitragen, so die Begründung der EIB. Wingcopter werde ein Pilotprojekt in Südhessen starten, um das Potenzial des On-Demand-Transports von Lebensmitteln und anderen Konsumgütern zu testen. Ziel des Projekts, das in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Frankfurt am Main durchgeführt wird, sei die Verbesserung der Nahversorgung in ländlichen Gemeinden durch einen nachhaltigen Lieferdienst, so die EIB.

<https://www.eib.org/en/press/all/2023-194-investeu-eib-provides-eur40-million-for-wingcopter-to-scale-up-electric-delivery-drones-and-logistics-services>

### **Kommission; Übernahme der Gegenbauer Group durch PAI Partners SAS genehmigt**

Die Kommission hat am 11.05.2023 die Übernahme des in DEU ansässigen Gegenbauer Konzerns durch die in FRA ansässige PAI Partners SAS gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. Gegenbauer hat sich auf integriertes Infrastrukturmanagement und Immobilienverwaltung auf dem deutschen Markt spezialisiert. PAI Partners SAS ist eine Private-Equity-Gesellschaft, die Fonds verwaltet und berät, die Unternehmen besitzen, die in verschiedenen Bereichen wie Unternehmensdienstleistungen, Konsumgüter, Industriegüter und Gesundheit tätig sind. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die geplante Übernahme aufgrund ihrer sehr geringen Auswirkungen auf die Marktstruktur keinen Anlass zu wettbewerbsrechtlichen Bedenken gibt.

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case\\_details.cfm?proc\\_code=2\\_M\\_11087](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_11087)

### **Kommission; Warnsystem für die Halbleiter-Lieferkette gestartet**

Die Kommission hat am 10.05.2023 ein neues Warnsystem für die Halbleiter-Lieferkette (sog. „Semiconductor Alert System“) ins Leben gerufen. Das Warnsystem soll Unternehmen und Kunden ermöglichen, auf Störungen innerhalb der europäischen Halbleiter-Lieferkette über ein Formular aufmerksam zu machen. Die Kommission erhofft sich dadurch Informationen zu sammeln, die für die Erstellung von Risikobewertungen und die schnelle Reaktion auf potentielle Krisensituationen erforderlich sind. Die Einführung der Plattform ist Teil des European Chips Acts, der darauf abzielt, die europäische Halbleiter-Lieferkette zu stärken und zu überwachen.

[https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/Semiconductor\\_Alert\\_System](https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/Semiconductor_Alert_System)

### **Kommission; Sitzung des Handels- und Technologierats EU-Indien**

Die erste Ministertagung des Handels- und Technologierats EU-Indien hat am 16.05.2023 in Brüssel stattgefunden. Das neu geschaffene Forum soll die strategische Partnerschaft im Bereich Handel und Technologie zwischen den Partnern vertiefen. In

der gemeinsamen Abschlusserklärung geben beide Seiten an, insbesondere in den Bereichen strategische Technologien (Quantentechnologie, Halbleiter, Künstliche Intelligenz), digitale Governance und digitale Konnektivität sowie bei grünen Energietechnologien enger zusammenarbeiten zu wollen. Für die EU nahmen die Exekutiv-Vizepräsidenten Margrethe Vestager und Valdis Dombrovskis teil; auf indischer Seite nahmen Subrahmanyam Jaishankar (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Piyush Goyal (Minister für Handel und Industrie) und Ashwini Vaishnaw (Minister für Elektronik- und Informationstechnologie) teil.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/eu-india-ttc-joint-statement>

## V e r k e h r

### **EuGH; Verantwortlichkeit von Kraftfahrzeugunternehmen**

Der EuGH entschied am 11.05.2023 mit Urteil in der Rechtssache C-155/22, dass ein Kraftfahrzeugunternehmen sich nicht seiner Verantwortung für die Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer dadurch entledigen kann, indem es die Kontrolle auf Dritte überträgt. Eine Regelung in AUT, die es zulässt, die strafrechtliche Verantwortung eines Unternehmens unter bestimmten Voraussetzungen einer natürlichen Person aufzuerlegen, verstoße gegen das Unionsrecht.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-155/22>

## E n e r g i e

### **Kommission; Ausschreibung für gemeinsamen Gaseinkauf gestartet**

Die Kommission hat am 10.05.2023 die erste internationale Ausschreibung für den gemeinsamen Gaseinkauf im Rahmen der kürzlich geschaffenen EU-Energieplattform „AggregateEU“ gestartet. Ziel der Plattform ist es, die Maßnahmen der EU und die Verhandlungen mit externen Vorlieferanten zu koordinieren, um zu verhindern, dass sich die Mitgliedstaaten gegenseitig überbieten. Außerdem soll die Plattform das Gewicht der EU als einem der größten Gasverbraucher der Welt nutzen, um bessere Bedingungen für alle Verbraucherinnen und Verbraucher zu erreichen. Die internationalen Lieferanten (ausgenommen Russland) sind nun aufgerufen, ihre Angebote für die Versorgung der europäischen Kundinnen und Kunden einzureichen. Am 16.05.2023 hat die Kommission mitgeteilt, es sei gelungen, Angebote von insgesamt 25 Lieferunternehmen einzuholen, die einem Volumen von mehr als 13,4 Mrd. Kubikmetern Gas entsprechen. Damit wurde die gemeinsame Nachfrage von 11,6 Mrd. Kubikmetern Gas übertroffen, die EU-Unternehmen im Rahmen des Mechanismus eingereicht hatten.

[https://energy.ec.europa.eu/topics/energy-security/eu-energy-platform\\_de](https://energy.ec.europa.eu/topics/energy-security/eu-energy-platform_de)

### **Kommission; Kompetenzpartnerschaft für energieintensive Industriezweige**

Die Kommission hat am 10.05.2023 die Gründung einer Kompetenzpartnerschaft für die energieintensive Industrie bekanntgegeben. Industriepartner, Forschungseinrichtungen, Sozialpartner sowie Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen haben ein entsprechendes Memorandum of Understanding unterzeichnet. Energieintensive Industriezweige machen mehr als 20% des europäischen verarbeitenden Gewerbes aus und beschäftigen über sieben Mio. Menschen in Europa. Ziel der Partnerschaft ist es, diesen Sektor beim grünen und digitalen Wandel zu unterstützen. Zu diesem Zweck müssen die Arbeitskräfte über

entsprechende Qualifikationen verfügen; dies soll durch eine kollektive Bündelung von Erfahrungswerten und Knowhow gefördert werden. Die Partnerschaft ist die 18. Qualifikationspartnerschaft im Rahmen des Pakts für Kompetenzen, einer Leitinitiative im Rahmen der Europäischen Kompetenzagenda.

[https://pact-for-skills.ec.europa.eu/about/industrial-ecosystems-and-partnerships/energy-intensive-industries\\_en](https://pact-for-skills.ec.europa.eu/about/industrial-ecosystems-and-partnerships/energy-intensive-industries_en)

### **EuG; Nichtigkeitsklagen gegen Erwerb von Vermögenswerten der E.ON durch RWE abgewiesen**

Am 17.05.2023 wies das Gericht der Union (EuG) mit Urteilen in den Rechtssachen T-312/20 und T-321/20 eine Reihe von Nichtigkeitsklagen deutscher Stromerzeuger ab, die sich gegen die von der Kommission erteilte Genehmigung des Erwerbes von Vermögenswerten der E.ON SE durch RWE AG gewendet haben. Im Rahmen eines komplexen gegenseitigen Austausches von verschiedenen Vermögenswerten durch die beiden Gesellschaften wollte RWE u.a. die alleinige oder gemeinsame Kontrolle über bestimmte Energieerzeugungsanlagen von E.ON erwerben. Die Kommission erklärte diesen geplanten Erwerb am 16.02.2020 gemäß der Verordnung über die Kontrolle über Unternehmenszusammenschlüsse (Fusionskontrollverordnung) für mit dem Binnenmarkt vereinbar. Das EuG stimmte der Kommission zu und führte in dem Urteil in der Rechtssache T-312/20 (Klägerin ist hier der Stromerzeuger EVH) insbesondere aus, dass die die Kommission zutreffend die verschiedenen Teile des Austausches von Vermögenswerten nicht als „einzigsten Zusammenschluss“ im Sinne der Fusionskontrollverordnung gewertet hat. Für das Vorliegen eines einzigen Zusammenschlusses müssten zwei Voraussetzungen erfüllt sein: Zum einen müssten die Erwerbsvorgänge voneinander abhängig sein, so dass die einen ohne die anderen nicht durchgeführt würden. Zum anderen müsse ihr Ergebnis darin bestehen, dass einem oder mehreren Unternehmen die unmittelbare oder mittelbare wirtschaftliche Kontrolle über die Tätigkeit eines oder mehrerer anderer Unternehmen übertragen würde. Dies sei jedoch hier nicht der Fall.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-312/20>

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-321/20>

## Digital

### **Kommission; Konsultation zu neuen Logos nach dem Data Governance Act**

Die Kommission hat am 10.05.2023 eine öffentliche Konsultation zu einem Durchführungsrechtsakt zur Verordnung (EU) 2022/868, dem sog. Data Governance Act, eingeleitet. Gegenstand des Durchführungsrechtsaktes ist die Ausgestaltung neuer europäischer Logos, die nach dem Data Governance Act sowohl für in der EU anerkannte Anbieter von Datenvermittlungsdiensten als auch für datenaltruistische Organisationen entwickelt werden soll. Damit sollen diese von der EU anerkannten Anbieter leichter von anderen Diensteanbietern abgegrenzt werden können. Die Frist für die Abgabe von Stellungnahmen endet am 07.06.2023.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13761-Common-logos-for-data-intermediaries-and-data-altruism-organisations-recognised-in-the-EU\\_en](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13761-Common-logos-for-data-intermediaries-and-data-altruism-organisations-recognised-in-the-EU_en)

### **EP; Abstimmung über die KI-Verordnung in den federführenden Ausschüssen**

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) und der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), haben am 11.05.2023 in einer gemeinsamen Sitzung den Entwurf eines Verhandlungsmandats des EP für eine

europäische Verordnung für Künstliche Intelligenz (KI) mit breiter Mehrheit (84 -7-12) angenommen. Wenn das EP-Plenum das Abstimmungsergebnis bestätigt, kann das EP mit dem Rat einen Kompromisstext aushandeln. Der Rat hatte seine Position bereits am 06.12.2022 festgelegt. Die EP-Ausschüsse haben den Vorschlag der Kommission für die KI-Verordnung zum Teil deutlich verschärft. Die Abgeordneten haben die Liste der verbotenen KI-Anwendungen erweitert, insbesondere um biometrische Erkennungssysteme in Echtzeit und im Nachhinein in öffentlich zugänglichen Räumen, biometrische Kategorisierungssysteme, die sensible Merkmale verwenden (z.B. Geschlecht, Rasse, ethnische Zugehörigkeit), prädiktive Polizeisysteme (auf der Grundlage von Profilerstellung, Standort oder früherem kriminellen Verhalten), Systeme zur Erkennung von Emotionen bei der Strafverfolgung, beim Grenzschutz, am Arbeitsplatz und in Bildungseinrichtungen und wahlloses Auslesen biometrischer Daten aus sozialen Medien oder Videoüberwachungsaufnahmen zur Erstellung von Gesichtserkennungsdatenbanken. Ferner wurde die Liste der Hochrisikobereiche um die Bereiche Gesundheit, Sicherheit, Grundrechte und Umwelt erweitert. Die Ausschüsse fügten auch KI-Systeme zur Beeinflussung von Wählerinnen und Wählern in politischen Kampagnen und in Empfehlungssystemen, die von Social-Media-Plattformen (mit mehr als 45 Mio. Nutzern gemäß dem Gesetz über digitale Dienste) verwendet werden, der Liste der Hochrisikobereiche hinzu. Generative Foundation-Modelle wie ChatGPT müssen zusätzliche Transparenzanforderungen erfüllen und offenlegen, dass die Inhalte durch KI generiert wurden.

[https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014\\_2019/plmrep/COMMITTEES/CJ40/DV/2023/05-11/ConsolidatedCA\\_IMCOLIBE\\_AI\\_ACT\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/CJ40/DV/2023/05-11/ConsolidatedCA_IMCOLIBE_AI_ACT_EN.pdf)

## F o r s c h u n g

### **Kommission; Neue Forschungsinfrastruktur (ERIC) ACTRIS**

Die Kommission hat am 25.04.2023 mit einem Durchführungsbeschluss (2023/900) eine Forschungsinfrastruktur für Aerosole, Wolken und Spurengase (ACTRIS ERIC) mit Hauptsitz in Helsinki, Finnland gegründet. Dies wurde im Amtsblatt der EU am 03.05.2023 veröffentlicht. ACTRIS (Aerosol, Clouds and Trace Gases Research Infrastructure) stellt Daten und Informationen zu kurzlebigen atmosphärischen Bestandteilen zur Verfügung und übernimmt die Rolle eines Forschungshubs. Dabei verfügen alle Mitglieder, darunter auch DEU als Gründungsmitglied, über mindestens einen lokalen Standort im jeweiligen Nationalstaat. Das European Center for Aerosol Calibration (ECAC) am Leibniz-Institut für Troposphärenforschung in Leipzig ist ebenso Teil des ACTRIS ERIC. Dieses ist bereits die 26. geschaffene Forschungsinfrastruktur seiner Art. ERICs, abgekürzt für European Research Infrastructure Consortium, fungieren als pan-europäische Forschungspartnerschaften und zeichnen sich durch einen rechtlich vereinfachten Implementierungsrahmen aus.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32023Y0503\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32023Y0503(01))

## F i n a n z d i e n s t l e i s t u n g e n

### **Rat; Verordnung über Märkte für Kryptowerte förmlich angenommen**

Der Rat hat am 16.05.2023 die Verordnung über Märkte für Kryptowerte (sog. MiCA-Verordnung) förmlich angenommen und damit eine im Juni 2022 mit dem EP und der Kommission im Trilog erzielte vorläufige Einigung bestätigt. Die Verordnung schafft

erstmal einen unionsweiten Rechtsrahmen für Kryptowerte, Emittenten von Kryptowerten und Anbieter von Krypto-Dienstleistungen. Ziel der MiCA-Verordnung ist es u.a., Anlegerinnen und Anleger zu schützen sowie Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche über Kryptowerte zu unterbinden. Darüber hinaus wird mit der Verordnung ein harmonisierter Regelungsrahmen für die gesamte Union hinsichtlich digitaler Finanzwerte eingeführt; derzeit verfügen nicht alle Mitgliedstaaten über eigene Rechtsvorschriften in diesem Bereich. Die MiCA-Verordnung ist Teil eines umfassenden Pakets zur Digitalisierung des Finanzwesens, das einen europäischen Ansatz für die Förderung der technologischen Entwicklung und den Verbraucherschutz verfolgt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/16/digital-finance-council-adopts-new-rules-on-markets-in-crypto-assets-mica/>

### **Kommission; Finanzdienstleistungen - Absichtserklärung mit GBR**

Die Kommission hat am 17.05.2023 den Entwurf einer Absichtserklärung angenommen, mit der ein Rahmen für die strukturierte Regulierungszusammenarbeit mit GBR im Bereich der Finanzdienstleistungen geschaffen wird. Der Entwurf knüpft an die Gemeinsame Erklärung zur Regulierungszusammenarbeit im Finanzdienstleistungsbereich zwischen der EU und GBR an, die dem Handels- und Kooperationsabkommen beigefügt ist. Die Mitgliedstaaten müssen im Rat der Absichtserklärung zustimmen, dann kann die Kommission sie im Namen der EU unterzeichnen. Auch GBR muss das Dokument unterzeichnen. Die Absichtserklärung schafft den administrativen Rahmen für eine freiwillige regulatorische Zusammenarbeit im Bereich der Finanzdienstleistungen zwischen der EU und GBR außerhalb der Strukturen des Handels- und Kooperationsabkommens. Dazu gehört auch die Einrichtung eines gemeinsamen Finanzregulierungsforums, das als Plattform zur Erleichterung des strukturierten Dialogs über Fragen im Zusammenhang mit Finanzdienstleistungen dienen soll, ähnlich wie dies mit anderen Drittländern bereits geschieht.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex\\_23\\_2805](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_2805)

## F i n a n z e n

### **Kommission; EU-Zollreform vorgeschlagen**

Die Kommission hat am 17.05.2023 eine umfassende Reform der seit 1968 bestehenden EU-Zollunion vorgeschlagen. Das Reformpaket enthält neben einer Mitteilung der Kommission drei Legislativvorschläge, u.a. für eine neue „Verordnung zur Festlegung des Zollkodex der Union und der Zollbehörde der Europäischen Union sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013“. Ziel ist, schwerfällige Zollverfahren abzubauen und durch einen datengesteuerten Ansatz für die Einfuhrüberwachung zu ersetzen. Eine neue EU-Zollbehörde soll eine EU-Zolldatenplattform überwachen. Die Zollbehörden sollen alle notwendigen Instrumente erhalten, um Einfuhren, die echte Gefahren darstellen, angemessen bewerten und stoppen zu können. Die Kommission schlägt außerdem vor, den derzeitigen Schwellenwert zu ändern, der eine Zollbefreiung von Waren mit einem Wert von weniger als 150 EUR ermöglicht und, so die Begründung der Behörde, von Betrügern stark ausgenutzt wird. Bis zu 65% solcher in die EU eingeführten Waren werden aktuell mit einem zu niedrigen Wert angemeldet, um Zollgebühren bei der Einfuhr zu umgehen.

[https://taxation-customs.ec.europa.eu/customs-4/eu-customs-reform\\_de](https://taxation-customs.ec.europa.eu/customs-4/eu-customs-reform_de)

### **Kommission; Geldwäsche - Aktualisierung der Liste der Risikoländer**

Die Kommission hat am 17.05.2023 bekannt gegeben, die Liste der Drittländer mit hohem Risiko aktualisiert zu haben, die strategische Mängel in ihren Regelungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung aufweisen. Die Liste ist Bestandteil der delegierten Verordnung (EU) 2016/1675 der Kommission. Zwei Länder wurden in die Liste aufgenommen: Nigeria und Südafrika. Zwei andere Länder wurden dagegen von der Liste gestrichen: Kambodscha und Marokko. Die Kommission aktualisiert die Liste gemäß Art. 9 der Richtlinie (EU) 2015/849 (sog. Vierte Geldwäscherichtlinie). Dabei berücksichtigt sie Informationen von Internationalen Organisationen und Standardsetzern im Bereich der Geldwäschebekämpfung, wie der Financial Action Task Force (FATF).

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C\(2023\)3247&lang=de](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C(2023)3247&lang=de)

## Soziales

### **EP; MdEP Alicia Homs Ginel zur Vizepräsidentin des EMPL-Ausschusses gewählt**

Am 26.04.2023 wurde MdEP Alicia Homs Ginel (S&D/ESP) zur neuen ersten Vizepräsidentin des Ausschusses für Beschäftigung und Soziales (EMPL) gewählt. Nach der Wahl von MdEP Marc Angel (S&D/LUX) zum Vizepräsidenten des EP im Januar 2023 und seinem Rücktritt vom Amt als erster stellvertretender Vorsitzender des EMPL-Ausschusses, nominierte die S&D-Fraktion MdEP Alicia Homs Ginel als neue Kandidatin.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/alicia-homs-ginel-is-elected-as-new-1st-/product-details/20230426CAN69589>

### **EP; Gerechte Vergütung für Praktika in der EU**

Am 08.05.2023 nahm der Ausschuss für Beschäftigung und Soziales (EMPL) mit 36 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen eine Entschließung an, in der er die Kommission aufforderte, eine Richtlinie über hochwertige Praktika in der EU vorzuschlagen. Die Richtlinie soll Mindestqualitätsstandards für Praktika festschreiben, einschließlich Regeln für die Dauer, die Vergütung und den Zugang zum Sozialschutz im Einklang mit den nationalen Gesetzen und Praktiken. Durch diese Richtlinie soll eine angemessene Vergütung aller Praktikantinnen und Praktikanten gewährleistet werden, um einen angemessenen Lebensstandard zu ermöglichen. Über die Resolution soll voraussichtlich im Juni 2023 im Plenum abgestimmt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230424IPR82032/quality-traineeships-in-the-eu-fairer-remuneration-and-more-accessibility>

### **EP; Europäischer Karlspreis der Jugend 2023**

Am 12.05.2023 wurde der Europäische Karlspreis der Jugend 2023 bei einer Feier in Aachen an die drei Gewinnerprojekte verliehen: eine belgische App für Flüchtlinge, ein litauisches mobiles Klimamuseum und eine niederländische Plattform für junge Journalistinnen und Journalisten im Bereich Europa. 26 nationale Gewinnerinnen und Gewinner wurden am 12.05.2023 zur Preisverleihung eingeladen, bei welcher die drei EU-Gewinnerinnen und Gewinner bekannt gegeben wurden. Der Europäische Karlspreis der Jugend, der gemeinsam vom EP und der Internationalen Karlspreis-Stiftung verliehen wird, steht Initiativen junger Menschen zwischen 16 und 30 Jahren offen, die die Demokratie stärken und eine aktive Beteiligung fördern. Seit 2008 haben sich 5.000 Projekte um den Preis beworben. Jedes Jahr wählen nationale und europäische Jurys ein Projekt aus jedem Mitgliedstaat aus.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230511IPR87901/2023-charlemagne-youth-prize-goes-to-belgian-lithuanian-and-dutch-initiatives>

## Gesundheit und Verbraucherschutz

### **ECDC; Postoperative Wundinfektionen**

Am 05.05.2023 veröffentlichte das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (European Centre for Disease Prevention and Control, ECDC) den jährlichen epidemiologischen Bericht für 2018–2020 zu postoperativen Wundinfektionen. Demnach seien zwischen 2018 und 2020 fast 20.000 chirurgische Wundinfektionen (Surgical Site infections, SSIs) bei insgesamt über 1,2 Mio. chirurgischen Eingriffen in 13 EU-/EWR-Staaten gemeldet worden. Postoperative Wundinfektionen gehören zu den häufigsten therapieassoziierten Infektionen, die sich Patientinnen und Patienten während ihres Aufenthalts in einem Krankenhaus oder einer anderen Gesundheitseinrichtung zuziehen. Sie gehen mit längeren postoperativen Krankenhausaufenthalten einher, erfordern möglicherweise zusätzliche chirurgische Eingriffe, Intensivpflege und können zu einer höheren Morbidität und Mortalität führen. Nicht alle EU-/EWR-Staaten sind Teil des Überwachungsnetzwerkes, trotzdem sei die Überwachung ein zentraler Bestandteil der Prävention von Infektionen und ein wertvolles Instrument zur Überwachung der Wirksamkeit von Präventions- und Kontrollmaßnahmen.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/nearly-20-000-surgical-site-infections-reported-during-2018-2020>

### **EMA; Transparenzregeln für CTIS**

Vom 03.05.2023 bis zum 28.06.2023 führt die Europäische Arzneimittel-Agentur (European Medicines Agency, EMA) eine Konsultation zur Überprüfung der Transparenzregeln für die Veröffentlichung von Informationen zu klinischen Studien, die über das Clinical Trials Information System (CTIS) in der EU übermittelt werden, durch. CTIS unterstützt die Interaktion zwischen Sponsoren klinischer Studien und Regulierungsbehörden in den EU-Mitgliedstaaten und EWR-Staaten während des gesamten Lebenszyklus einer klinischen Studie. Die Überprüfung der CTIS-Transparenzregeln soll die Diskussion über die bestmöglichen Ansätze anregen, um die Transparenz klinischer Studien mit den Vertraulichkeitsanforderungen in Einklang zu bringen. Gleichzeitig sollen die Nutzungsmodalitäten von CTIS vereinfacht werden, um die Benutzererfahrung zu verbessern und um das Risiko von Datenschutzverletzungen zu verringern. Die Fertigstellung dieser Leitlinien auf Basis der aktuellen Transparenzregeln wird für das dritte Quartal 2023 erwartet.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/review-transparency-rules-eu-clinical-trials-information-system-ctis>

### **EMCDDA; Lissabonner Suchtkonferenz vereinbart**

Am 10.05.2023 unterzeichneten die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction, EMCDDA) und die Generaldirektion für Interventionen bei Suchtverhalten und Abhängigkeiten (General-Directorate for Intervention on Addictive Behaviours and Dependencies, SICAD) ein Memorandum of Understanding (MoU), in dem sie ihre Zusammenarbeit bei der Organisation der Europäischen Konferenz zu Suchtverhalten und Abhängigkeiten – „Lisbon Addictions“ – formalisieren. „Lisbon Addictions“ ist eine multidisziplinäre Veranstaltung zu den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen im Suchtbereich. Dabei geht es u.a. um Herausforderungen im Zusammenhang mit

illegalen Drogen, Alkohol, Tabak, Bildschirmsucht, Glücksspiel und anderen Suchtverhalten. Die beiden Akteure organisierten die Veranstaltung erstmals im Jahr 2015 gemeinsam. Weitere Veranstaltungen fanden in den Jahren 2017, 2019 und 2022 statt. Ziel des MoU ist es, eine effektive Zusammenarbeit bei der Organisation der Konferenz zu fördern, einschließlich der angemessenen Nutzung von Ressourcen und der Wahrung ethischer Standards und wissenschaftlicher Unabhängigkeit. Im Rahmen der Vereinbarung werden die beiden Gremien bei der Konzeption, Organisation, Durchführung und Auswertung der Konferenz zusammenarbeiten. Die nächste Konferenz ist für den Zeitraum vom 23.10.2024 bis zum 25.10.2024 in Lissabon unter dem übergeordneten Thema „Empowering the Workforce of the Future“ geplant.

[https://www.emcdda.europa.eu/news/2023/emcdda-and-sicad-formalise-lisbon-addictions-cooperation-new-agreement\\_en](https://www.emcdda.europa.eu/news/2023/emcdda-and-sicad-formalise-lisbon-addictions-cooperation-new-agreement_en)

### **HaDEA; Schulungs- und Austauschprogramme für Gesundheitsfachkräfte im Bereich der psychischen Gesundheit angekündigt**

Am 10.05.2023 veröffentlichte die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (European Health and Digital Executive Agency, HaDEA) eine Vorabinformation für eine Ausschreibung im Rahmen des jährlichen Arbeitsprogramms EU4Health. Ziel dieser Ausschreibung sei es, die Förderung eines umfassenden, präventionsorientierten Ansatzes zur psychischen Gesundheit durch Kapazitätsaufbau und multidisziplinäre Schulungen von Gesundheitsfachkräften zu unterstützen. Die Ausschreibung umfasst den Entwurf, Erstellung, Pilotierung, Umsetzung und Evaluierung eines multidisziplinären Hybrid-Trainingsprogramms und eines EU-Austauschprogramms für Fachkräfte, die im Bereich der psychischen Gesundheit tätig sind. Außerdem die Entwicklung einer Studie zur Ermittlung der Bedürfnisse, Wissenslücken, der Kompetenzen und des Schulungsbedarfs von Gesundheitsfachkräften. Dies beinhaltet ebenfalls die Erstellung eines multidisziplinären Toolkit zum Kapazitätsaufbau im Bereich der psychischen Gesundheit.

[https://hadea.ec.europa.eu/news/prior-information-notice-mental-health-training-and-exchange-programmes-health-professionals-2023-05-10\\_en](https://hadea.ec.europa.eu/news/prior-information-notice-mental-health-training-and-exchange-programmes-health-professionals-2023-05-10_en)

### **EMA; Schwere Nebenwirkungen bei Fluorchinolon-Antibiotika**

Am 12.05.2023 veröffentlichte die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) eine Mitteilung, in der sie Beschäftigte der Gesundheitsberufe an die Gefahren von Fluorchinolon-Antibiotika erinnert. Die Nutzung von Fluorchinolon-Antibiotika, die durch den Mund, durch Injektion oder Inhalation verabreicht werden, ist aufgrund des Risikos von langanhaltenden und möglicherweise irreversiblen Nebenwirkungen eingeschränkt. Zu diesen sehr seltenen, aber schwerwiegenden Nebenwirkungen gehören entzündete oder gerissene Sehnen, Muskelschmerzen oder -schwäche, Gelenkschmerzen oder -schwellungen, Schwierigkeiten beim Gehen, Kribbeln und Nadelstiche, brennende Schmerzen, Müdigkeit, Depressionen, Gedächtnis-, Schlaf-, Seh- und Hörprobleme sowie veränderter Geschmack und Geruch. Diese Einschränkungen wurden 2019 nach einer EU-weiten Überprüfung dieser sehr seltenen, aber schwerwiegenden Nebenwirkungen eingeführt. Eine von der EMA finanzierte Studie hat gezeigt, dass der Einsatz von Fluorchinolon-Antibiotika zwar zurückgegangen ist, diese Arzneimittel aber immer noch außerhalb ihrer empfohlenen Verwendungszwecke verschrieben werden können.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/fluoroquinolone-antibiotics-reminder-measures-reduce-risk-long-lasting-disabling-potentially>

### **Kommission; 23. Treffen des eHealth-Netzwerks**

Am 17.05.2023 wurde der Report zum 23. Treffen des eHealth-Netzwerks veröffentlicht, das am 30.03.2023 stattgefunden hatte. Themen des Treffens waren die Auswahl des Basisstandards für neue Dienste in „MyHealth@EU“, „MyHealth@EU“-Verfahren zur Einführung neuer Dienstleistungsangebote und zum Offboarding und die ethischen Grundsätze für die digitale Gesundheit. Außerdem wurde der Arbeitsplan 2023 des eHealth-Netzes zur Verabschiedung vorgelegt, welcher fünf Hauptprioritäten für 2023 festlegt: die Abschätzung des Bedarfs an europäischen Mitteln für die eHealth-Infrastruktur, die technische Formalisierung des eHealth-Prozesses, die Umsetzung der europäischen ethischen Grundsätze für die digitale Gesundheit, die Bewertung der Fortschritte bei der Einführung der digitalen Gesundheit und eine effizientere Zusammenarbeit zur Vorbereitung auf den künftigen EHDS (European Health data space).

[https://health.ec.europa.eu/events/23rd-meeting-ehealth-network-2023-03-30\\_en](https://health.ec.europa.eu/events/23rd-meeting-ehealth-network-2023-03-30_en)

### **EuGH; Urteil zur Ausgleichspflicht bei Flugannulierung**

Am 11.05.2023 hat der EuGH das Urteil in den Rechtssachen C-156/22, C-157/22 und C-158/22 gesprochen: Flugunternehmen sind auch bei der Annullierung eines Fluges aufgrund des plötzlichen Todes eines unverzichtbaren Crewmitgliedes nicht von der Ausgleichspflicht befreit. Hintergrund des Urteils ist, dass am 17.07.2019 ein Flug des Unternehmens TAP von Stuttgart nach Lissabon annulliert wurde nachdem der Kopilot des Fluges tot in seinem Hotelzimmer aufgefunden wurde. Der Gerichtshof urteilte, dass der Umgang mit unerwarteter Krankheit oder Abwesenheit von einem oder mehreren unverzichtbaren Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern untrennbar mit der Planung der Einsätze und Arbeitszeiten verbunden sei und somit zur normalen Ausübung der Tätigkeiten des Flugunternehmens gehörten. Es bestehe also nach Ansicht des EuGH kein „außergewöhnlicher Umstand“ und das Unternehmen sei somit nicht von der Ausgleichspflicht befreit.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-05/cp230078de.pdf>

### **EP; Abstimmung zur Richtlinie für nachhaltigere und langlebigere Produkte**

Am 11.05.2023 hat das EP das Verhandlungsmandat zur Richtlinie hinsichtlich der Stärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher für den ökologischen Wandel durch besseren Schutz gegen unlautere Praktiken und bessere Informationen angenommen. Der Bericht wurde von MdEP Biljana Borzan (S&D/KRO) vorgelegt und mit 544 zu 18 Stimmen bei 17 Enthaltungen angenommen. Mit der Richtlinie sollen umweltfreundlichere Entscheidungen erleichtert werden. Unternehmen sollen ermutigt werden, haltbarere und nachhaltigere Produkte anzubieten. Die Nutzung von allgemeinen umweltbezogenen Angaben wie z.B. „öko“, „nachhaltig“, „klimaneutral“ soll nach Wunsch der Abgeordneten verboten werden, wenn sie nicht durch detaillierte Angaben belegt werden kann. Auch sollen Aussagen zur Klimafreundlichkeit, die nur auf Kohlenstoffausgleichsregelungen beruhen, verboten werden. Zur Vereinfachung der Produktinformationen will das EP nur noch Nachhaltigkeitssiegel zulassen, die auf offiziellen Zertifizierungssystemen beruhen oder von staatlicher Seite eingeführt wurden. Hersteller sollen nach dem Willen der Abgeordneten keine Konstruktionsmerkmale nutzen, die die Lebensdauer eines Produktes einschränken oder dazu führen, dass Waren frühzeitig kaputt gehen. Auch darf die Funktionalität eines Produktes nicht eingeschränkt werden, wenn es mit Zubehör, Ersatzteilen oder Verbrauchsmaterialien anderer Unternehmen verwendet wird. Etwaige Reparatursbeschränkungen müssen im Vorfeld an die Käuferinnen und Käufer kommuniziert werden. Es soll ein neues Garantie-Etikett eingeführt werden, das nicht nur die Dauer der gesetzlichen Garantie aufführt, sondern auch über die Dauer von möglichen Garantieverlängerungen informiert. Durch die neue Regelung sollen die

Herstellung und der Verkauf von nachhaltigeren und langlebigeren Produkten gefördert und die Methode des „Greenwashings“ unterbunden werden. Der Rat hatte bereits am 03.05.2023 sein Verhandlungsmandat festgelegt.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230505IPR85011/parlament-stimmt-fur-regeln-fur-haltbarere-produkte-und-gegen-grunfarberei>

### **EuGH; Urteil zum Widerruf eines Dienstleistungsvertrags nach Vertragserfüllung**

Am 17.05.2023 hat der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C-97/22 verkündet. Darin stellt der Gerichtshof fest, dass eine Verbraucherin oder ein Verbraucher einen bereits erfüllten Dienstleistungsvertrag widerrufen kann, wenn dieser außerhalb der Geschäftsräume abgeschlossen wurde und die Verbraucherin oder der Verbraucher von dem Unternehmen im Vorfeld nicht über das Widerrufsrecht aufgeklärt wurde. In einem solchen Fall ist die Verbraucherin oder der Verbraucher von der Zahlungspflicht befreit. Hintergrund war die Klage eines Verbrauchers vor einem deutschen Gericht. Dieser hatte einen Vertrag über die Erneuerung der Elektroinstallation in seinem Haus abgeschlossen. Der Vertrag wurde außerhalb der Geschäftsräume des Unternehmens abgeschlossen und das Unternehmen hatte den Verbraucher nicht über das 14-tägige Widerrufsrecht aufgeklärt. Nach Erbringen der Leistungen legte das Unternehmen die Rechnung vor, die vom Verbraucher jedoch nicht beglichen wurde. Dieser widersprach stattdessen den Vertrag mit Verweis auf die nicht geleistete Aufklärung über das Widerrufsrecht. Der EuGH stellt in seinem Urteil fest, dass in einem solchen Fall eine Verbraucherin oder ein Verbraucher von den Kosten befreit sei, da bei Verträgen, die außerhalb von Geschäftsräumen abgeschlossen werden, mehr Druck zur Entscheidung auf den Verbraucherinnen und Verbrauchern lastet. In einer solchen Situation sei die Information über das Widerrufsrecht noch entscheidender. Der EuGH sieht zudem kein Problem im Zusammenhang mit der Richtlinie zum Verbot der ungerechtfertigten Bereicherung.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-05/cp230079de.pdf>

### **EuGH; Urteil zum Europäischen Schnellwarnsystem RAPEX (rapid exchange of information system)**

Der EuGH hat am 17.05.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-626/21 verkündet. Es wurde festgestellt, dass alle Wirtschaftsakteure, deren Interessen von einer RAPEX-Meldung beeinträchtigt werden könnten, von den zuständigen Behörden verlangen können, dass die Meldung vervollständigt wird. Außerdem muss jeder Wirtschaftsakteur, dessen Interessen durch die Unvollständigkeit einer Meldung beeinträchtigt sein könnten, die nötigen Rechtsbehelfe zur Verfügung gestellt bekommen, um zu erreichen, dass der betroffene Mitgliedsstaat seine Verpflichtungen einhält. RAPEX ist ein europäisches Schnellwarnsystem zum raschen Informationsaustausch über gefährliche Produkte am Verbrauchermarkt. Hintergrund war, dass die Landespolizeidirektion Wien einem Feuerwerkshändler den Verkauf bestimmter Feuerwerksartikel untersagte und ihren Rückruf anordnete, nachdem bei einer Kontrolle festgestellt wurde, dass diese Artikel nicht sicher waren. Die Behörde meldete das Problem an die Kommission, wie vom RAPEX-System vorgesehen. Der Importeur der Feuerwerkskörper, die Funke Sp zo.o. aus POL, beanstandete, dass die Produkte in der RAPEX-Meldung nicht richtig und unvollständig beschrieben waren und beantragte daher bei der Landespolizeidirektion eine Vervollständigung der Meldung sowie Akteneinsicht. Die Anträge des Importeurs wurden von der zuständigen Behörde abgewiesen. Das Urteil des EuGH stellt fest, dass Wirtschaftsteilnehmer auf der Grundlage der Vorschriften über den freien Warenverkehr ein Recht haben, die Vervollständigung einer RAPEX-Meldung zu verlangen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?docid=273786&mode=req&pageIndex=1&dir=&occ=first&part=1&text=&doclang=DE&cid=2792776>

U m w e l t

### **EMA; Verbot der Herstellung und Ausfuhr von gefährlichen Chemikalien**

Vom 08.05.2023 bis zum 31.07.2023 führt die Kommission eine Konsultation zum Verbot der Herstellung und Ausfuhr von in der EU verbotenen Chemikalien durch. Das EU-System zur Chemikalienregulierung gewährleistet ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. In den meisten Fällen betreffen die diesen Komplex regulierenden Verordnungen jedoch nur das Inverkehrbringen und die Verwendung von Chemikalien in der EU. Es ist aber möglich, Chemikalien herzustellen, die nicht für die Verwendung in der EU zugelassen sind, und sie aus der EU auszuführen. Mit der Gesetzgebungsinitiative sollen Drittstaaten vor den negativen Auswirkungen dieser Chemikalien auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt geschützt werden. Die Initiative soll die interne und die externe Politik in diesem Bereich weiter aufeinander abstimmen.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13750-Gefahrliche-Chemikalien-Verbot-der-Herstellung-und-Ausfuhr-von-Chemikalien-die-in-der-Europaischen-Union-verboten-sind\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13750-Gefahrliche-Chemikalien-Verbot-der-Herstellung-und-Ausfuhr-von-Chemikalien-die-in-der-Europaischen-Union-verboten-sind_de)

### **Kommission; Konsultation zur Eignungsprüfung des Verursacherprinzips in der Umweltpolitik**

Die Kommission hat am 12.05.2023 eine Konsultation zur Eignungsprüfung der Anwendung des Verursacherprinzips bei Umweltbelangen eröffnet. Es soll überprüft werden, wie gut das Verursacherprinzip in der Umweltpolitik in der EU angewendet wird. Dabei wird sowohl die EU-Ebene als auch die nationale Ebene überprüft. Auf Grundlage dieser Prüfung sollen Empfehlungen zur besseren Anwendung und Umsetzung des Grundsatzes ausgearbeitet werden. Das Verursacherprinzip besagt, dass der Verursacher von Umweltverschmutzung die Kosten für deren Vermeidung, Verminderung oder Beseitigung tragen muss sowie für die Kosten aufkommen muss, die der Gesellschaft durch die Umweltbelastung entstehen. Rückmeldungen sind noch bis zum 04.08.2023 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13546-Verursacherprinzip-Eignungsprüfung-seiner-Anwendung-auf-die-Umwelt\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13546-Verursacherprinzip-Eignungsprüfung-seiner-Anwendung-auf-die-Umwelt_de)

### **Kommission; Veröffentlichung des überarbeiteten Überwachungsrahmens für die Kreislaufwirtschaft**

Die Kommission hat am 15.05.2023 den überarbeiteten Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft veröffentlicht. Der überarbeitete Rahmen trägt dazu bei, die Fortschritte beim Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft in der EU besser zu verfolgen und zu prüfen, wie dies zur Klimaneutralität, Resilienz und globaler Nachhaltigkeit beitragen kann. Dafür wurden neue Indikatoren aufgenommen wie der materielle Fußabdruck und die Ressourcenproduktivität. Auch Indikatoren zur Messung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Abfallvermeidungsziele wurden dem überarbeiteten Rahmen hinzugefügt. Die Daten zeigten, dass die EU-Produktion zwar ressourceneffizienter geworden sei, jedoch sei der Materialverbrauch immer noch sehr hoch. Die EU-Wirtschaft sei nach wie vor weitgehend linear.

[https://environment.ec.europa.eu/news/circular-economy-faster-progress-needed-meet-eu-resource-efficiency-targets-ensure-sustainable-use-2023-05-15\\_de?etrans=de](https://environment.ec.europa.eu/news/circular-economy-faster-progress-needed-meet-eu-resource-efficiency-targets-ensure-sustainable-use-2023-05-15_de?etrans=de)

### **Rat; Annahme der Verordnung gegen Entwaldung**

Am 16.05.2023 hat der Rat die Verordnung zur Verminderung des Risikos der Entwaldung und der Schädigung der Waldökosysteme angenommen. Damit soll der Beitrag der EU zur Entwaldung und Schädigung der Waldökosysteme weltweit deutlich reduziert werden. Die neuen Vorschriften sollen sicherstellen, dass Produkte, die auf dem EU-Markt zur Verfügung stehen, nicht zur weiteren Entwaldung und Schädigung der Waldökosysteme beitragen. Die Verordnung legt verbindliche Regeln für Marktteilnehmer fest. Betroffen von der Regelung sind Soja, Rinderhaltung, Palmöl, Holz, Kaffee, Kakao und Kautschuk. Auch Folgeprodukte wie Schokolade, Möbel, bedrucktes Papier und bestimmte palmölbasierte Derivate werden in die neue Verordnung miteinbezogen. Die Verordnung teilt den Erzeugerländern einen Risikograd in Bezug auf Entwaldung und Waldschädigung. Entsprechend dieses Risikogrades müssen von den Erzeugerländern spezifische Verpflichtungen in unterschiedlichem Umfang erfüllt werden. Auch Menschenrechte, die im Zusammenhang mit der Entwaldung stehen, sollen geschützt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/16/council-adopts-new-rules-to-cut-deforestation-worldwide/>

## Landwirtschaft

### **Kommission; Konsultation zur Einfuhr von biologischen/ökologischen Erzeugnissen aus Drittländern**

Am 17.05.2023 hat die Kommission eine Konsultation zum Vorschlag einer delegierten Verordnung zur Änderung bestimmter Verfahrensvorschriften zur Anerkennung und Überwachung von Kontrollstellen und Kontrollbehörden, die für die Zertifizierung von ökologischen und biologischen Erzeugnissen in Drittländern zuständig sind, veröffentlicht. Mit der Anpassung soll gewährleistet werden, dass der Übergang zu den neuen Zertifizierungsvorschriften reibungslos abläuft und die Risiken von Handelsstörungen abgewendet werden. Rückmeldungen sind bis zum 14.06.2023 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13795-Einfuhr-von-okologischen-biologischen-Erzeugnissen-geanderte-Anforderungen-an-Kontrollstellen\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13795-Einfuhr-von-okologischen-biologischen-Erzeugnissen-geanderte-Anforderungen-an-Kontrollstellen_de)

## Justiz

### **EuGH; Weiteres Urteil zur Unabhängigkeit der Justiz in ROM**

Der EuGH hat am 11.05.2023 sein Urteil in der Rechtsache C-817/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass das für Disziplinarverfahren gegen Richter zuständige Organ in ROM unabhängig und unparteiisch sein muss. Die Regeln über die Kontrolle der Tätigkeit des Direktors dieses Organs müssten so gestaltet sein, dass sie daran keinen berechtigten Zweifel aufkommen lassen. Ob vorliegend der Verdacht bestehe, dass die Befugnisse und Aufgaben der Justizinspektion als Instrument zur Ausübung von Druck auf die Rechtsprechungstätigkeit oder zur Ausübung politischer Kontrolle über diese Tätigkeit benutzt würden, müsse indes das Berufungsgericht Bukarest (ROM) beurteilen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=159DF57BA49273B2AA4AAF9EC0010800?text=&docid=273603&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=8103647>

### **Kommission; Online-Konferenz zur Migration**

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson veranstaltete am 08.05.2023 eine hochrangige Online-Ministeraussprache mit Vertretern aus ESP, SWE, BEL, DEU, ROM und ITL sowie Vertretern der anderen Mitgliedstaaten. Darüber hinaus nahmen auch die assoziierten Schengen-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz), die EU-Asylagentur (EUAA), der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und die Internationale Organisation für Migration an der Diskussion teil. Die Ministerkonferenz befasste sich mit strategischen Fragen der Neuansiedlung, der Aufnahme aus humanitären Gründen und den rechtlichen Möglichkeiten zum Schutz in der EU. [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex\\_23\\_2645](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_2645)

### **EP; Spyware – Untersuchungsausschuss nimmt Abschlussbericht an**

Am 08.05.2023 hat der Untersuchungsausschuss des EP zum Einsatz von Pegasus und gleichwertiger Überwachungs-Spyware (PEGA) seinen Abschlussbericht und seine Empfehlungen angenommen. Die MdEP verurteilen darin den Missbrauch von Spyware, der darauf abzielt, die politische Opposition einzuschüchtern, kritische Medien zum Schweigen zu bringen und Wahlen zu manipulieren. Sie stellen fest, dass die Governance-Strukturen der EU nicht in der Lage seien, mit solchen Angriffen wirksam umzugehen. Reformen seien daher unabdingbar. Die MdEP verurteilen schwerwiegende Verstöße gegen das EU-Recht in POL und HUN. Spyware solle nur erlaubt sein, wenn strenge Bedingungen erfüllt seien. Ein EU-Tech-Lab könne bei forensischen Analysen helfen, so die MdEP <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230505IPR84901/spyware-meps-sound-alarm-on-threat-to-democracy-and-demand-reforms>

### **EuGH; Generalanwalt: DSGVO gilt auch für Untersuchungsausschüsse**

Der Generalanwalt am EuGH Maciej Szpunar hat am 11.05.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-33/22 verlesen. Darin vertritt er die Auffassung, dass die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auch auf die Verarbeitung personenbezogener Daten durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss anwendbar ist. Dies gelte auch dann, wenn es um den Schutz der nationalen Sicherheit gehe. Im Ausgangsfall geht es um einen vom österreichischen Parlament eingesetzten Untersuchungsausschuss, der mit der etwaigen politischen Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung befasst war. Ein vom Ausschuss Befragter beanstandet vor den österreichischen Gerichten, dass das Protokoll seiner Befragung unter Nennung seines Namens auf der Website des Parlaments veröffentlicht wurde. Die Schlussanträge sind für den EuGH nicht bindend. <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=273621&pageIndex=0&do-clang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=8114156>

### **EP; Ablehnung von EU-USA-Datenschutzabkommen**

Das EP hat in seiner Plenarsitzung vom 11.05.2023 eine nichtbindende Entschließung angenommen, in der es zu dem Ergebnis kommt, dass mit dem von der Kommission mit der US-Regierung ausgehandelten Datenschutzrahmen (Nachfolgeregelung für das sog. Privacy Shield) keine wesentliche Gleichwertigkeit im Hinblick auf das Schutzniveau geschaffen wird. Das EP fordert die Kommission auf, die Verhandlungen mit den USA fortzusetzen, damit eine solche Gleichwertigkeit gewährleistet und ein nach dem Datenschutzrecht der Union und der Charta der Grundrechte der EU in der Auslegung durch den EuGH erforderliches angemessenes Schutzniveau erreicht werde. Es fordert die Kommission auf, den Angemessenheitsbeschluss erst

anzunehmen, wenn alle in dieser EntschlieÙung und in der Stellungnahme 5/2023 des Europäischen Datenschutzausschusses vom 28.02.2023 enthaltenen Empfehlungen vollständig umgesetzt sind.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0204\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0204_DE.html)

## Bildung und Kultur

### **Rat; Tagung des Bildungsministerrats**

Am 16.05.2023 tagte der Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport in der Formation Bildung. Im Rahmen einer politischen Debatte stellten die Ministerinnen und Minister die Bedeutung der Lesefähigkeit für sehr viele Bereiche der Gesellschaft und der aktiven Teilhabe am Arbeitsmarkt heraus. Es bestand Einigkeit darüber, dass angesichts schlechter Ergebnisse der PIRLS-Studie (Progress in International Reading Literacy Study; in DEU: Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung IGLU) Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Kinder und Jugendliche zum Lesen zu ermutigen. Dazu zählen aus Sicht des Rats u.a. die Förderung des Lesens von klein auf, die Sicherstellung des Zugangs zu Bibliotheken und die Stärkung der Bedeutung des physischen Buches. Ferner nahm der Rat die EntschlieÙung „Der europäische Bildungsraum: Blick auf das Jahr 2025 und darüber hinaus“ an. Darin macht der Rat deutlich, dass zur Verwirklichung des Europäischen Bildungsraums bis 2025 ein besonderes Augenmerk auf die Aufwertung des Lehrberufs und Bekämpfung des Lehrkräftemangels, die Beseitigung der verbleibenden Mobilitätshindernisse und die Förderung des lebenslangen Lernens gelegt werden muss. Ferner nahm der Rat Schlussfolgerungen zu weiteren Schritten zur Verwirklichung der automatischen gegenseitigen Anerkennung in der allgemeinen und beruflichen Bildung an. Die Ministerinnen und Minister betonen darin, dass die automatische gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen und Ergebnissen von Lernzeiten im Ausland eine der grundlegenden Bausteine für die Förderung der Lernmobilität und damit der Verwirklichung des Europäischen Bildungsraums darstellt. Es sei daher unerlässlich, dass alle relevanten Akteure größere Anstrengungen unternehmen, um alle hierfür notwendigen Schritte zu veranlassen. Vor allem setze die automatische gegenseitige Anerkennung voraus, dass die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um gegenseitiges Vertrauen und Transparenz zu fördern.

[https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/eycs/2023/05/15-16/?utm\\_source=dsms-](https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/eycs/2023/05/15-16/?utm_source=dsms-)

[16/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Education%2c+Youth%2c+Culture+and+Sport+Council](https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/eycs/2023/05/15-16/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Education%2c+Youth%2c+Culture+and+Sport+Council)

### **Kommission; Kreatives Europa; Ukraine**

Die Kommission hat am 16.05.2023 den Beginn der Umsetzungsphase von Projekten dreier Konsortien, welche im Rahmen eines spezifischen Ukraine-Calls des Kulturförderungsprogramms Kreatives Europa aus dem September 2022 ausgewählt wurden, bekanntgegeben. Das übergeordnete Ziel der Einrichtung dieser EU-Ukraine-Konsortien besteht in der Unterstützung des ukrainischen Kultursektors, insbesondere deren Künstlerinnen und Künstler sowie im Kulturbereich tätige Organisationen. Darauf fokussiert sich im Konkreten das Konsortium ZMINA. Culture Helps möchte Vertriebenen, darunter vor allem Kindern, Zugang zu Kulturangeboten schaffen. Das dritte Konsortium U-RE-HERIT, unter Federführung des litauischen Architektenverbands, ist bestrebt, Trainingsangebote für Fachleute zum Wiederaufbau ukrainischen Kulturerbes anzubieten. Die drei Projekte schließen insgesamt 16 ukrainische und europäische Organisationen ein. Im Allgemeinen trägt das Programm

Kreatives Europa zur Stärkung und Sichtbarkeit ukrainischer Kulturgüter bei. So hat die Kommission beispielsweise bei Mobilitätsangelegenheiten ukrainischer Künstlerinnen und Künstler wie auch bei der Distribution von Büchern in ukrainischer Sprache unterstützend agiert.

[https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/news/creative-europe-commission-reinforces-support-ukraine-cultural-sector-2023-05-16\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/news/creative-europe-commission-reinforces-support-ukraine-cultural-sector-2023-05-16_en)

### **Rat; Ernennung von Évora zur Kulturhauptstadt Europas 2027**

Die portugiesische Delegation hat am 16.05.2023 im Rahmen der Tagung des Rats für Bildung, Jugend, Kultur und Sport bekannt gegeben, dass Évora, PTL, zu einer der zwei europäischen Kulturhauptstädte im Jahr 2027 ernannt wurde. Die Stadt wurde bereits am 14.02.2023 durch den portugiesischen Minister für Kultur ausgewählt. Évora sei aufgrund der zahlreichen architektonischen Sehenswürdigkeiten als „Stadt-Museum“ bekannt. Bereits seit 1986 zählt das historische Stadtzentrum zum UNESCO Weltkulturerbe.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8708-2023-INIT/en/pdf>

### **Rat; Ukrainischer Kultur- und Kreativsektor**

Die schwedische Ratspräsidentschaft hat am 16.05.2023 im Rahmen der Tagung des Rats für Bildung, Jugend, Kultur und Sport Informationen zur aktuellen Lage des Kultur- und Kreativsektors in der Ukraine bereitgestellt. Es handle sich bei dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auch um einen Angriff auf die ukrainische Kultur und Identität und somit auch auf europäische Werte. Besonders hervorgehoben wurde die Bedeutung der fortlaufenden Unterstützung der ukrainischen Kulturbranche durch die EU. Außerdem gab der ukrainische Minister für Kultur und Information per zuvor aufgenommenen Video-Botschaft Einblicke in die aktuelle Lage des Kultur- und Kreativsektors.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8842-2023-INIT/en/pdf>

## Information, Kommunikation und Medien

### **Rat; Fortschrittsbericht zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz**

Der SWE-Ratsvorsitz hat den für Kultur zuständigen Ministerinnen und Ministern auf ihrer Tagung am 16.05.2023 einen Fortschrittsbericht zu den Verhandlungen über das Europäische Medienfreiheitsgesetz präsentiert. Die SWE-Ministerin für Kultur, Parisa Liljestrand, erklärte nach der Ratstagung, die meisten Mitgliedstaaten hätten sich zufrieden gezeigt mit den bisher geführten Verhandlungen. Noch seien einige Fragen offen, und eine konstruktive Mitarbeit aller Mitgliedstaaten in den kommenden Wochen notwendig. In ihrem Fortschrittsbericht erklärt die Präsidentschaft, eine Einigung der Mitgliedstaaten zu Art. 7-16 des Vorschlags, die insbesondere die Errichtung eines neuen europäischen Gremiums zur Medienaufsicht vorsehen, sei „sehr nah“. Die Bestimmungen der Art. 1-6, die u.a. den öffentlich-rechtlichen Rundfunk betreffen, seien sehr wichtig und behandelten „sensible“ Aspekte, so SWE. Aber auch hier erscheine eine Einigung möglich. Bei den übrigen Bestimmungen des Verordnungsvorschlags sei man noch nicht so weit vorangeschritten; die Richtung sei aber auch hier klar.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2023/05/15-16/>

## EU – Förderprogramme

### **Kommission; Förderaufruf für Forschung und Projekte zu Subsahara-Afrika**

Vom 10.05.2023 bis zum 29.06.2023 ist es möglich, Förderanträge von gesundheitsbezogener Forschung und Projekten in der Region Subsahara-Afrika einzureichen. Mögliche Themen umfassen dabei die Förderung von Schulungsnetzwerken, die Finanzierung von Studien, die durch die COVID-19 Pandemie negativ beeinflusst wurden, Forschung zur Bewertung von Interventionen bei Ebola-Ausbrüchen, Umsetzungsforschung/Real-Life-Bewertung bestehender Interventionen zur Gesundheit von Frauen und Kindern und Projekte zur Stärkung der Ethik- und Regulierungsfähigkeit.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;callCode=HORIZON-JU-GH-EDCTP3-2023-01;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=null;programCcm2Id=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destinationGroup=null;missionGroup=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortBy=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState>

## Veranstaltungen

### **Gemeinsame Veranstaltung mit der Europa-Union Brüssel und mit dem Ständigen Vertreter AUT zu den Krisen und Chancen für Europa**

Am 26.04.2023 fand auf gemeinsame Einladung von Lucia Puttrich, Hessische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, und der Europa-Union Brüssel die Veranstaltung: „Krisen und Chancen in Europa – Eine Sicht aus Österreich“ statt, in deren Rahmen der Ständige Vertreter AUT bei der EU, Botschafter Dr. Nikolaus Marschik, seine Einschätzung zu den aktuellen europapolitischen Herausforderungen darlegte. In seinem Impulsvortrag fokussierte er sich auf die vier Themen „Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine“, „Migration und Asyl“, „Wirtschaftsstandort Europa“ und „Erweiterung um die Staaten des Westbalkan“ und erläuterte prägnant die jeweilige österreichische Sichtweise. Abgerundet wurde die Veranstaltung, die unter der Chatham House Rule stattfand, durch ein von Frau Ilka Wölfle, stellvertretende Vorsitzende der Europa-Union Brüssel, geführtes Interview. Hierin stellte sie Botschafter Dr. Marschik im Nachgang zu dessen Vortrag konkrete Rückfragen zu den von ihm angesprochenen Themenkomplexen. Abschließend hatten die Gäste die Möglichkeit, weitergehende Fragen an Botschafter Dr. Marschik zu richten. Angesprochen wurde hier u.a. das Prinzip des Mehrheitsentscheids im Rat. Die Veranstaltung war der Auftakt für eine neue Reihe „Botschaftergespräche“, in der halbjährlich ein Ständiger Vertreter eines EU-Mitgliedstaates die jeweilige nationale Sichtweise zu den aktuellen europapolitischen Herausforderungen in einem Impuls darlegt und anschließend in einem moderierten Gespräch erläutert.

### **Die Vermessung der Demokratie – Ein Theaterabend über Wilhelm Leuschner**

Am 11.05.2023 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel auf Einladung der Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich die Veranstaltung „Die Vermessung der Demokratie“ - Ein Wilhelm Leuschner Portrait statt. Erstmals wurde in der Landesvertretung in Brüssel ein Theaterabend mit Schauspiel und Musik

ausgerichtet. Grundlage des Theaterstücks zum Leben und Wirken des sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers und Politikers Wilhelm Leuschner im Widerstand gegen die NS-Diktatur ist ein Drehbuch des Schauspielers Jan Uplegger. Jan Uplegger trat in der Landesvertretung gemeinsam mit den Musikerinnen Yumiko Tsubaki und Maria Hinze auf. Friedrich von Heusinger, Leiter der Landesvertretung, erklärte in seiner Begrüßung, dass an diesem Abend mit Wilhelm Leuschner ein großer Hesse gewürdigt werde. Tag für Tag müsse man für Demokratie und Freiheit eintreten und an die fürchterliche Zeit der Nazidiktatur erinnern. Er erinnerte an das Leben Leuschners, der im Untergrund Widerstand gegen das NS-Terrorregime leistete, unter schwierigsten Bedingungen an der gewerkschaftlichen Vernetzung arbeitete und dies am Ende mit seinem Leben bezahlen musste. Für das historisch spannende und sehr bewegende, musikalisch wertvolle und kurzweilige Theaterstück, das fast ausschließlich auf Originalquellen (wie Briefen und Reden) Leuschners beruht, erhielt die Schauspielgruppe vom Publikum sehr großen Applaus. Ministerpräsident a.D. Volker Bouffier lobte das Stück und diskutierte im Anschluss mit Schauspieler Jan Uplegger und Dr. Ludger Fittkau (freier Journalist und Leuschner-Experte) über das historische Thema und dessen Bedeutung für die Gegenwart, auch in Abgrenzung zum erstarkenden politischen Extremismus. Volker Bouffier hatte in seiner Amtszeit die Wilhelm Leuschner Medaille, die höchste Auszeichnung des Landes Hessen, an über 30 Preisträgerinnen und Preisträger vergeben, die hervorragende Verdienste um die demokratische Gesellschaft und ihre Einrichtungen erworben haben. Dr. Fittkau unterstrich in seinem Beitrag die zivile Dimension des Umsturzversuchs vom 20.07.1944, an dem Akteure wie Wilhelm Leuschner zentral mitwirkten. Dr. Fittkau rief die historische Relevanz von Persönlichkeiten wie Ludwig Bergsträsser, Marie-Elisabeth Lüders, aber auch Käthe Kern in Erinnerung, gerade auch für Hessen.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### Rat

22.05.2023	Gipfeltreffen EU – Republik Korea Rat für Auswärtige Angelegenheiten Rat für Wettbewerbsfähigkeit
23.05.2023	Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung) Rat für Wettbewerbsfähigkeit
24.05.2023	Internationale Ministertagungen
25.05.2023	Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Handel)
30.05.2023	Rat für Allgemeine Angelegenheiten Rat für Landwirtschaft und Fischerei
01.06.2023	Internationales Gipfeltreffen Rat für Transport, Telekommunikation und Energie (Transport)

02.06.2023 Rat für Transport, Telekommunikation und Energie  
(Telekommunikation)

### **Europäische Kommission**

24.05.2023 Europäisches Semester – Frühjahrspaket  
Investitionspaket

31.05.2023 Inter-institutionelles Ethik-Gremium  
Grenzüberschreitender Schutz gefährdeter Erwachsener  
Ganzheitlicher Ansatz zur psychischen Gesundheit

### **Europäisches Parlament**

31.05.- 01.06.2023 Plenarsitzung in Brüssel

Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit  
Missachtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in HUN und eingefrorene  
EU-Gelder - Erklärungen des Rates und der Kommission  
Änderung bestimmter Verordnungen in Bezug auf geografische Angaben der EU für  
Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse und Qualitätsregelungen für  
landwirtschaftliche Erzeugnisse  
Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem EP und der Europäischen  
Zentralbank (EZB): Strukturierung der Verfahren für die Zusammenarbeit im Bereich  
des Zentralbankwesens  
Vereinbarung mit der Republik Island zur Festlegung der Modalitäten ihrer  
Beteiligung am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen  
Vorgeschlagene Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs  
Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung:  
technische Hilfe

### **Ausschuss der Regionen**

24./25.05.2023 AdR-Plenarsitzung  
Krisenvorsorge und Krisenbewältigung: die Resilienz der  
Union und ihrer Regionen und Städte stärken  
Bericht über die Interoperabilität des öffentlichen Sektors in  
der Union  
Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens: der  
Standpunkt der regionalen und lokalen Ebene  
Vollständige Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit: Die  
lokale und regionale Perspektive  
Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme

01./02.06.2023 NAT-Fachkommissionssitzung  
Verbraucherschutzpaket (Abstimmung)

Risikomanagement und Marktregulierung: Instrumente zur Stärkung der Nachhaltigkeit der europäischen Landwirtschaft (Meinungsaustausch)  
Die Gemeinsame Fischereipolitik vor Ort: für nachhaltige und widerstandsfähige Küstengemeinden in der EU (Meinungsaustausch)

## Europäischer Gerichtshof

### EuGH

- 24.05.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-465/20 P Kommission / Irland u.a.  
Staatliche Beihilfen
- 25.05.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-575/21 WertInvest Hotelbetrieb  
Neugestaltung des Heumarkt Areal im historischen Zentrum
- 25.05.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-290/21 AKM (Satelliten-Bouquet-Angebot in Österreich)  
Grenzüberschreitende Satellitenübertragung mit Signalverschlüsselung
- 25.05.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-364/22 Bundesrepublik Deutschland (Freiwillige Rückkehr)  
  
Relevanz der Rückkehr in das Heimatland zwischen zwei Asylanträgen
- 25.05.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-249/22 GIS  
  
Mehrwertsteuer bei der Rundfunkgebühr
- 25.05.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-831/21 P Fachverband Spielhallen und LM / Kommission  
  
Staatliche Beihilfen – Spielbanken in Deutschland

EuG

24.05.2023

Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-451/20 und T-452/20 Meta Platforms Ireland / Kommission  
Auskunftsersuchen der Kommission

Die Woche vom 29. Mai bis 2. Juni 2023 ist an sich sitzungsfreie Zeit.

Grundsätzlich finden weder mündliche Verhandlungen statt noch werden Urteile verkündet oder Schlussanträge verlesen.

Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass z.B. in Eilverfahren ein Termin anberaumt wird oder dass den Parteien Beschlüsse zugestellt werden.

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 02.06.2023.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA